

Kampfansage an elektrische Heizungen

Der Grosse Rat will dem Heizen mit elektrischen Öfen den Riegel schieben und energetische Gebäudesanierungen mit Geldbeiträgen fördern. Das Kantonsparlament hat am Mittwoch drei Vorstösse aus den Reihen der SP deutlich überwiesen.

Auf Wunsch von Flavia Wasserfallen (sp) wird der Kanton Hauseigentümer, die ihr Gebäude aufgrund des Energieausweis- Verfahrens sanieren lassen, mit bis zu 40 Prozent Fördergelder unterstützen.

01.04.2009

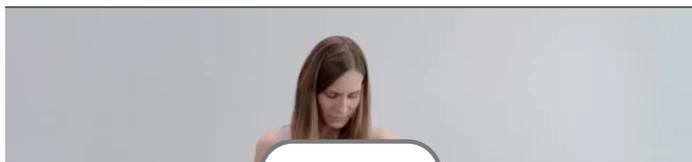
Dies soll zumindest bis zur Einführung des neuen Energiegesetzes gelten, das eine verstärkte Förderung solcher Sanierungen vorsieht. Diesen Punkt des Vorstosses überwies der Rat mit 89 zu 49 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Mehr erfahren - Ad



Mehr erfahren - Ad

Diese Anzeige kann in 5 Sekunden geschlossen werden



Der Motionärin schwebte auch eine Anschubfinanzierung in der Höhe der Hälfte der Kosten für die ersten 5000 Gebäude- Energieausweise vor. Dieses Ansinnen lehnte der Rat hingegen mit 71 zu 61 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Bessere Ausbildung

Nadine Masshardt (sp) forderte bessere Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Handwerker, die sich für die energiesparende Sanierung von Gebäuden das Rüstzeug holen wollen.

Solche Innovationen könnten schliesslich auch Arbeitsplätze schaffen oder zumindest erhalten. Der Grosse Rat nahm auch ihren Vorstoss deutlich an, schrieb ihn aber gleich als erfüllt ab.

Strom-Heizungen ersetzen

Eine dritte Motion von Andreas Hofmann(sp) unter dem Motto «Mehr Arbeitsplätze» verlangte ein Förderprogramm für den Ersatz von elektrischen Einzelspeicherheizungen.

WERBUNG

**CONCORDIA****Mehr erfahren!**

inRead invented by Teads

Das Heizen mit elektrischem Strom verschwende wertvolle Energie, erklärte der Motionär. Ein Förderprogramm soll den Hauseigentümern andere, zeitgemässere Heizsysteme schmackhaft machen. Dieses Ansinnen überwies der Grosse Rat mit 124 zu 12 Stimmen.

Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer (sp) begrüsst sämtliche Vorstösse und betont deren Notwendigkeit. Die Förderprogramme seien auf Bundesebene beschlossen. Dank den Aufträgen aus dem Parlament könne der Kanton Bern nun auch Fördergelder beim Bund abholen. (bs/sda)

Erstellt: 01.04.2009, 15:24 Uhr